

VTbema

Volkszeitung - Nr. 23 -Frei'tag, 1.Jun1990 ' Seite 3

Albl'e Sachs (ANC) iiber eine kilnftz'ge

Verfassung Siidafrz'leas

Dos Recht, gleich und

verschieden zu sein

Nicbt 1111 die unterdru'ckte scbwarze Mebrbeit 1'11 Siidafrz'ka verbindet mit dem gegenwdrtigen Prozefi 1'11 ibrem Land grofie Erwartungen. Elll Siidafrz'lea ohne Apartheid 1'stfl'ir den ganzen, schon verloren geglaubten KontinentAfrz'ka elll Hoffnungstrdger. I11 diesem 6ko110ml'scb 11nd militaris ch bisber f1'1'r Schwarzafrz'lea bedroblz'cben Land entwickelt sich einepolz'tische Debatte, die dem Kontinent neue Impulse lz'efern kdnnte, eigene Wege aus der M were zu finden.

Der Verfassungsrecbtler und ebemalige Anwalt am Obersten

Gericbt Kapstadts, Albie Sachs besclm'eb 111 einer Rede, die er nach seiner Rackkebr aus 24jl'1'b1'gem Exil Anfang Mai vor der University of the Western Cape gebalten bat, Grundprinzipienfir eine neue Verfassung Siidafrz'kas. W11 veroffentlz'cben Ausziige.

Das Kapstadt, zu dem ich zuriick-- gekehrt bin, istiimmer noch Apart-heid-Kapstadt. Da sind die weilSen Vororte, die nbrauneni Vorone und die schwarzen Vororte. Man kann sehen, wer in Kapstadt regiert, wer noch immer den Reichtum besitzt, wer die Kontrolle ausiibt. Aber eines hat sich geandert: die Menschen haben sich geandert, ihre Anschauungen, ihre Beziehungen zueinander, ihr Vertrauen, ihr Denken, ihr Lebenswille - und niemand kann ihnen das wegnehmen. Sogar meine Begegnungen im weilSen Kapstadt sind positiver ausgefallen, als ich es erwartet hatte. Wir hogen zur Zeit sehr viel iiber weiBe Angste. V161-leicht habe ich sehr spezielle Kontakte - alte Freunde, Genossen aus der Ille'galitat, Kollegen aus den Uni-Zeiten - , aber es waren nicht nur diese Menschen. Worauf ich gestolien bin, ist ein Gefihihl weilSer Befreiung, sogar die Anfange von Freude bei Leuten, die sich befreit fiihlen von dem Druck, unfreie Menschen in ihrem eigenen Land zu sein, bei Menschen, die noch nie das Gefihihl des Menschseins hatten, die nicht frei Wahlen konnten, mit wem sie zusammen sein wollten.

Dies gehort auch zu den iGar'an-i tien fiir die Zukunft. Denn eine Verfassung kann niemals Rechte vergeben. Man kann niemandem Rechte geben; die Menschen nehmenr sich ihre Rechte, und die Verfassung anerkennt das, was die Menschen sich an Rechten erkampft haben. Sic formalisiert, festigt und verallgemeinert diese Rechte und sichert, dafS sic auch in Zukunft gelten.

Das geschieht zur Zeit in Siidafrica. Die Menschen haben sich ihre Menschenrechte gemeinsam erkampft, auf den StraBen, im Exil, im Untergrund. Und wenn wir ins Stadum der Formulierung der Verfas sung kommen, werden wir das zum Ausdruck bringen, was die Menschen sich in der Aktion erkampft

haben. .

Wenn wir von eincm vereinten, nicht-rassistischen (non-racial) und demokratischen Siidafrika sprechen, ist das nicht ein schoncr Plan, den wir irgendwo in New York oder in Briissel oder in London oder sonst-W0 auf der Welt ausgedacht haben und nun dem Volk Siidafrikas als Geschenk mitbringen. Wenn wir die neue Verfassung entwickeln, legen wir einfac'h das nieder, was ich hier in diesem Horsaal bereits an nicht-rassistischer Demokratie sehe, die sich bereits formiert in unserem Denken, in unseren Beziehungen, in unseren Forderungen an die Zukunft Und das mull sich nun in ganz Sudafrika vcrbreiten. Es reicht nicht aus, kleine progressive Inseln zu haben, die Pionierarbeit leisten - das , ist notwendig und wichtig -, wir wollen aber, dais ganz Siidafrika erfalSt wird von diesem Geist nicht-rassistischer demokratischer Beziehungen.W"lr wollen nicht eine Verfassung, die wir den Menschen aufwzwingen mussen, nach dem Motto, Wir wissen, was gut fiir euch ist. Es soll cine Verfassung sein, zu der Je-de(r)' beitragt, von der jede(r) das Gefiihl haben soll, das ist unsere Verfassung, meine Verfassung, die hier angewendet wird.

Ich frag e mich manchmal, sind Wir auf die Freiheit vorbereitet? Seid ihr auf die Freiheit vorbereitet? (latites AW im Saal) Ich frage euch nicht, wollt ihr Freiheit - seid ihr vorbereitet auf die Freiheit? (,, aii, ,,ja'i) Ich bin mir nicht so sicher. Ich bin nicht darauf vorbereitet. Es gibt noch so viel Schmerz, so Viele Erinnerungen, so Viele Gewohnheiten. Wir haben im Kampf iiberlebt, Genossen, weil wir uns dcr Situation angepafSt haben, die der Vfiderstand schuf. Wit" haben eine Kultur des VViderstandes entwickelt, die Disziplin des VViderstandes. Wir lernten, in der Illegalitat zu arbeiten, nicht Telefone zu benutzen, wie man geheime Nachrichten weitergibt, miteinander konspirativ kommuniziert. Das ist aber nicht das Verhalten freier Menschen, das ist das Verhalten von Menschen, die Wderstand leisten und fiir Freiheit kampfen. Ich denke manchmal, wir sind wie diese Reptilien, die cine sehr harte und enge Haut haben. Es ist diese Haut, die uns beschitzt hat vor derv Folter, den Schlagen, dem Trannengas. Aber ich meine, Wir miissen diese Haut jetzt abstreifen, damit die nehe, frische menschliche Personli'chkeit hervorkommen kann, die den neuen Aufgaben gewachsen ist. Damit wir im Sonnenlicht gehen konnen, ohne geblendet zu sein. Wir miissen lemen, freie Buirger in einem freien Siidafrika zu sein. Das

wird nicht leicht werden. Denn wir hatten noch nic ein freics Land. Kein einziger in diesem Raum oder aufSerhalb kann wirklich von sich sagen, ich bin ein freier Siidafrikaner. Viele konnen sagen, ich kampfe fiir ,ein freies Siidafrika - aber das ist nicht das Gleiche. Und doch sind wir es, jeder und jede von uns muIS diese(r) freie Biisi'gerln werden.

Die Idee eines vereinten Siidafrika ist im Wesentlichen nicht nur eine territoriale Frage. Es ist eine menschliche Sache. Die Einheit, die wir wolleh, ist die Einheit der Menschen Siidafrikas. Die Anerkennung der Wirde und des Wenes eines jeden Menschen. In diesem Sinne sind wir nicht schwarz, weis oder braun, wir sprechen nicht Englisch oder Xhosa, Tswana oder Zulu - wir sind SiidafrikanerInnen. Die Einheit Siidafrikas ist nicht-rassisich, nicht-ethnisch, nicht-sprachlich, nicht-geschlechtlich. Ich nenne es das Recht, Gleich zu sein (the right to be the same).

Das Grundrecht, gl'eich zu sein, ein Siidafrika zu sein, das Recht ein(e) BirgerIn zu sein, zu Wahlen, ins Parlament gewahlt zu werden, PrasidentIn zu werden oder ein(e) StrafienfeigerIn zu sein - als SiidafrikanerIn; das Recht, vor Gericht zu stehen, ins K'rrankenhaus zu gehen. Ich will als Mensch behandelt werden, nicht als weilier, englischsprechender Siidafrikaner, sondern als siidafrikanischer Mensch;

W11 wollen nicht eine Velfassulg, die wir den Leuten aufzwingen miissen, nach dem Motto: W11 wissen, was gutfilf eucb ist. CC

Zugleich wollen Wir das Recht, verschieden zu sein (the right to be different). Das verwirrt sehr Viele. Wir kampfen gleichzeitig fiir das Recht gleich zu sein und fiir das Recht verschieden zu sein. Dieses Recht beriihrt untcrschiedliche Ge- biete. Die Sprache, die ich spreche, gehort mir und meiner Sprachge- meinschaft. Der Staat kann mir nicht vorschreiben, welche Sprache ich sprechen soll, ich habe das Recht, meine Sprache zu sprechen, sci es Zulu oder Afrikaans oder Sesotho oder Englisch - das ist mein Recht und das Recht meiner Gemeinschaft.

/
Die Verfassung mulS dieses Recht an" erkennen. Alle Sprachen in Siidafrika sollen gleichen Status haben. ES geht nicht darum, Afrikaans den Sta- tus als einer offiziellen Sprache abzu- erkennen. Afrikaans wird von Mil- lionen Menschen in diesem Land ge- sprochen. Aber das sind noch andere Sprachen, Zulu, Xhosa, Sipede, Son- da, Sotho, Setswana... sie alle haben

das Recht auf gleichen Status. Ich
meine, in unserem demokratischen
Parlament soll jede(r) Abgeordnete
das Recht haben, seine oder ihre ei-
gene Sprache zu verwenden, die
Sprache, in der sich die jeweilige
Person am wohlsten und sichersvef.1
fiihlt. Ich spreche Englisch, das ist
meine Sprache, das heilst aber nicht,
ich mufi meine Sprache anderen auf-
zwingen und sagen, wenn du Abge-
ordneter werden willst, muKt du
Englisch sprechen. Das ist nicht De-
mokratie. In einem mehrsprachigen
Land bedeutet Demokratie, daK sich
die Menschen in der Sprachc aus-
driicken sollen, in der sie sich am
sichersten fiihlen. Das ist das Recht,
verschieden zu sein. Oder die Frage
des Glaubens. Das ist eine ganz per-
sonliche Sache, die jeder Mensch mit
seinem Gewissen vereinbart. Die
Menschen gehoren unterschiedli-
Chen Glaubensrichtungen an. Die
Moslems, zum Beispiel, bilden eine
starke, lebendige Gemeinde. Ihr
Glaube bedeutet ihnen sehr viel, als
Individuen und als Gemeinschaft. Sic
sind Teil der kulturellen Struktur

,,Es ist diese
Haut, die 11115
gescbmzt bat
vor der Falter,
denSchliigen,
dem Trdnengas.
W11 miissen die-
se Hautjetzt
abstreifen, da-
mit die neue,
menscbliche
Persb'nlicbkeit
zum Vorschein
kommt. "

Foto: Guy Tillim /
Afrap Ix (Laif)

dieses Landes. Wr haben auch Mil-
lionen Katholiken, Millionen Refor-
mierter, Millionen An glikaner, Mil-
lionen Menschen, die unabha'ngigen
afrikanischen Kitchen an gehbren,
wir haben Hindus, Judenu gDvas be-
deutet all diesen Menschen sehr viel.
Eine demokratische Verfassung an-
erkenm das Recht religioser Grup?
pen, Organisationen, Individuen, so
wie sie es wollen, nicht wie der Staat
es ihnen vorschreibt. Das ist das
Recht, verschieden zua sein. Wen ich
heirate, das ist meine Sache - lund
die einer zweiten Person. Mit wem
ich trinke, wen ich in mein Haus
einlade, das geht deii Staat nichts an,
und a'uch nicht den ANC. Die Ver-
fassung anerkennt dies als Privatheit
(privacy), was'ich in meiner freien
Zeit tue. Das ist mein Recht. Wr
wollen nicht eine Nation von Robo-
- tern, identischen Menschen, auf undi
ab marschierend, die nichts genie-
lSen, nichts tun, nichts lebendiges
produzieren, sondern nur marschie-

ren.

Das Problem mit dem Recht auf Unterschied ist, daß einige als Rassisten verschieden sein wollen. Es geht nicht darum, wen sie heiraten wollen oder wen sie in ihr Haus einladen wollen. Sie wollen bestimmen, wer nebenan wohnen darf, und daneben und im nächsten Haus und jenseits der Straße. Das können wir nicht akzeptieren. Das würd' ich Ihnen, ihr Recht auf freie Assoziation (right of choice an reference of association) schreibt das Recht anderer auf Wohnung ein, spricht es ihnen ab. Es gibt also einen Konfliktpunkt zwischen den Rechten der Einzelnen auf der einen Seite/ und dem Recht der Gemeinschaft auf Unversehrtheit, nicht beleidigt und ausgeschlossen zu werden. Es gibt eine Menge Erfahrungen auf diesem Gebiet in den USA, wo sie die Trennungslinie finden müssen. Die USA sind ja ein Land, das alles hat, alles, was gut ist und alles, was schlecht ist. Die Frage ist, wo ziehen wir die Trennlinie? Zum Beispiel Vereine Golfclubs, Fußballclubs usw. Ich denke, wir dürfen keine rassistischen Vereine in diesem Land zulassen. Können wir Vereine haben, in denen sich Schmetterlingssammler treffen? Ich denke, das ist ein legitimes Interesse. Was ist mit dem Hellenischen Verein, in dem sich Leute griechischer Herkunft treffen. Ich denke, wir sollten tolerant sein, wenn das Ziel nicht darin besteht, Menschen einzuladen, sondern auszuschließen, wo das Ziel lediglich darin besteht, die Wiensche einer kleinen Bevölkerungsgruppe zum Ausdruck zu bringen. Aber auch hier müssen sie achtsam sein, sich nicht als rassistische Organisation zu formieren.

Es ist eine der Hauptaufgaben der neuen südafrikanischen Verfassung, das Gebiet zu bestimmen für das Recht auf Gleichheit - geprägt auf allgemeinen politischen, zivilen und legalen Rechten, absolut nicht-vrassistisch und ohne Unterschied - und das Gebiet für das Recht auf Unterschied, das eigentlich besagt, es ist gut, daß wir Viele Sprachen haben, daß wir Viele unterschiedliche Eiskulturen haben usw. (Eines der schlimmsten Dinge, die der britische Imperialismus diesem Land angetan hat, ist zerbrochene Speisen, die mit Messer und Gabel zu essen sind, als zivilisatorische Norm aufzuzwingen.)

Werm wir aufbbb'ren 1'11

Gruppenrechten 111111 Interessen zu denken, können wir die gemeinsamen Rechte aller si-

chem. Va

Ich glaube, dies ist das grundlegende verfassungsrechtliche Problem

in diesem Land. Wie werden wir der enormen kulturellen, _linguistischen und Glaubensvielfalt gerecht und sichern zugleich die Einheitlichkeit und die gemeinsamen Rechte aller Menschen. Ich meine, das ist nicht iganz so schwer zu losen, wenn wir aufhoren in Kategorien von Gruppenrechten und Gruppeninteressen zu denken.- Das Recht auf die ieigene Sprache gehbrt allen, nicht nur den (weilien') Afrikanern. Wenn wir also ein Grundrecht haben, das die Rechte aller Sprachgruppen respektiert, und die Rechte einer Gruppe werden beriihrt, dann beriihrt das zugleich die Rechte aller. Das trifft auf alle anderen Gebiete, Kultur, Religion usw. auch zu.

Ein zweiter Problemkreis: Wie verstihnen wir das Prinzip von gleichen Rechten und Nicht-Rassismus mit der Notwendigkeit der Umverteilung zwischen Weifi und Schwarz. Das Prinzip besagt, wir sind alle gleich, wir unterscheiden in keiner Weiss, wir sehen nicht nach jemandes Hautfarbe. Die Verteilung besagt: die WeiKen besitzen. 78 (78) Prozent des Landes, 95 (95) Prozent des Reichtums und sic sind nur 16 (16) bis 17 (17) Prozent der Bevijlkerung. Es muflS hier eine Veranderung geben, Wir brauchen verfassungsrechtlichel Mechanismen, die mehr sind, als Forderungen. Es ist leicht Viva dies und Viva das zu rufen - und es ist gut es zu rufen, denn es driickt unsere Ziele aus -, abet das Rufen verandert nichts. Es wird ein Prozeis sein, fur den wir einen Rahmen brauchen, Kanale und Mechanismen, darum geht es bei Vder Verfassung. Verfassungen losen nicht die Probleme, sie geben den Rahmen vor, in dem die Menschen Probleme' - demokratisch Ibsen konnen.

,, Es ist duck eineiFmge des Selbstausdrucks, der Selbstbestc'itung, des Rechts der Frauen,ml'tel'-gener Stimme zu sprechen, l'bre eigenen Forde rungen auflhre Weise vorzutmgan.

CC

Und drittens brauchen wir Prinzipien positiver Aktion (principles of affirmative action) in der Verfassung, so nicht-rassistisch wie moglich. Nun ist es aber eine Tatsache, dals es nur wenige arme WeifSe in Siidafrika gibt. Wenn man also den Abstand zwischen Arm vund Reich verringern will, ist es letztlich zwischen schwarz und weill. Es gibt auch ,andere Ge biete, wo wir gezwungen sein wer deh, die rassistische V/irklichkeit der Institutionen in dieSem Land zur Kenntnis zu nehmen. Dort muK es positive Aktion (affirmative action)

geben. Ich denke an den mittleren Regierungsapparat, die iPolizei usw. Wir werden einen ProzeK der Integration und Transformation benotigen, in dem die Institutionen dieses Landes so veranden werden, daK sie die Bevolkerungsstruktur widerspiegeln. Das mag cine gewisse Spannung erzeugen zwischen Menschen in Bezug auf das Prinzip des Nicht-Rassismus. Sagan Wir, es gibt zwei gleichqualifizierte Kandidaten fiir einen Posten, einer ist schwarz, der 'andere weils oder es ist ein Mann und cine Frau. Jetzt betrachten wir das Tätigkeitsgebiet und sehei, 'dais es mehrheitlich mit weilSen Mannern besetzt ist. Wir bevorzugen also den schwarzen Kandidaten oder die Kandidatin, um die Ungleichheiten zu iiberwinden. Wir miissen, ohne Rassismus einzuf'ihren, verfassungsr rechtliche Prinzipien formulieren, die eine solche Auswahl erlaubt.

Eine Bemerkung zur Frauenfrage:

Eine der wenigen nicht-rassistisden Institutionen in diesem Land ist das Patriachat. Alle moglichen Leute vereinen sich hier, um cine Wirkliche Demokratisierung zu yerhindem.

Die Frage der Frauenrechte ist grunds'atzlich eine Frage der Demokratie, d. h. der vollstandigen Beteiligung aller Siidafrikanerlnner am politischen Leben. Solange wir die Abhangigkeit von Frauen haben, gibt es keine Demokratie. Es ist auch eine Frage des Selbstausdrucks, der Selbstbestatigung, des Rechtes der Frauen, mit eigener Stimme zu sprechen, ihre eigenen Forderungen auf ihre Weise vorzutragen. Das gehort zum Spannungsfeld des Rechts auf Gleichheit und des Rechts auf Unterschied. Frauen kampfen um ihre grundlegenden politischen Rechte und um Gleichheit. Das bedeutet nicht, daK sie so werden wollen wie die Manner, deren Werte, Verhalten und Interessen anzunehmen. Eben-sowenig wie die Unterdriickten so werden mussen, wie ihre Unterdriicker, das bedcutet nicht Gleichheit. s gibt ein weiteres schwieriges Gebiet: Nationale Aufgaben und individuelle Freiheiten. Manchmal ist die Debatte dariiber sehr ungluecklich, so, als seien dies sich ausschlie-Bende Alternativen: entweder wir fihren eine Kampagne gegen Hunger, Obdachlosigkeit usw. oder wir haben personliche Freiheit. Und Viele Leute halten es fur gerechtfertigt, im Kampf gegen Hunger der Regierung weitreichende Machtmittel in die Hand zu geben, um individualle Freiheiten und damit das Leben und die Wiinsche der Menschen zu beschneiden. Genossen, das ist eine sehr, sehr. gef'a'hrliche Philosophie. Apartheid hat den Menschen in die-

sem Land niemals erlaubt, sie selbst zu sein, zu sagen: ich bin, der ich bin und nicht ein „colouredii oder ein „schwarzerii oder ein „wei8erii, ich bin cine Personlichkeit, es sind meine Wiinsche, Traume, meine Besonderheiten, meine Verriicktheiten - ich bin ich. Vrir wollen nicht cine Situation, in d'er der ANC nun diese Freiheiten wieder einschrankt. Wir wollen keine Folter in einem-freien Siidafrika, wie konnte das sein!? V711 wollen, daK sich niemand fiirchten muK in einem freien Siidafrika. Die Verfassung muli das Recht eines jeden Individuumms in einem freien Siidafrika garantieren. Aber das Recht auf individuelle' Freiheit bedeutet nicht, dals des keinen Raum fiir nationale Aufgaben gibt. Denn die Rechte der kommenden Generationen sind genauso Wichtig. Die Freiheit zu verhungern, zu sterben, in schmutzigen Pfiften zu spielen, in einen kleinen Kindergarten gehen zu missen, wo eine Erzieherin hundert Kinder betreut - das ist nicht Freiheit! Das ist Unterdriickung.

Wir kampfen fiir Freiheit auf beiden Ebenen. Und wir wollen eine Verfassung, die die Rechte fiir jede einzelne Person garantiert, aber auch cine Garantie fiir nationale Aufgabcn gibt. D. h. Gesetze, die ein menschenwiirdiges Leben garantieren, die 2. B. Programme unverziiglich auf den Weg bringen, um jedes Haus mit flieiSenleasser und Strom zu versorgen. Auch das sind grundlegende Menschenrechte. So grundlegend wie das Recht, per- V sonlich frei zu sein.

Die Rede wurde tlbersetzt von Ted Fell

VAusland

Finden sz'e Regelungen, die Bestand baben?

Bemd Mansel

Ende der bipolaren'

Politik?

Zum Gipfel Gorbatscbow - Bush

Amerikanisch-sowjetische Gipfel-

treffen waren in den letzten Jahr-

zehnten immer mit der Hoffm'mg

verbunden, die Welt werde nun etwas

sicherer. Ein deaChCS Overkill weck-

Le in Verbindung mit einer konfron-

tativen Politik Bedrohung singste.

Auch die Entspannungspolitik der

friihcn siebziger Jahre hat die em-

scheidende weltpolitische Konstella-

tion nicht aufgelost: in Form von

Supermichten standen sich zwci An-

tagonisten gegeniiber, deren Agieren

den Gang der internationalen Ent-

wicklung dominierte. Eine Aufgabe,

die George Bush und Michail Gor-

batschow bei ihrem Gipfeltreffen an-

gehen miissen, ist es, die materiali-

sierten Folgcn der Konfrontation zu

beseitigen, Abriistung forciert voran-

zutreiben.

Abriistung ist sozusagen die tradi-

tionelle Agenda fir Gipfeltreffen,

von vitaler Bcdeutung fir die

Menschheit. Aber dieser Gipfel ist

mehr. Die europaische Revolution

von 1989 hat klar gemacht, dafs es so

wie gehabt nicht mehr weitergeht,

aber, wie die wenigen Revolutionen,

die es in der Menschheitsgeschichte

gegeben hat, auch offengelassen, wie

cs weitergeht. Die Offenheit wider-

spiegelt sich in oft wenig beachtcten

politischen Ereignissen, die vor ei-

nem Jahr noch die Schlagzeilen ge-

fiillt hia'ttcn. Die Niederlande 2.3. ha-

ben beschlossen, schneller und mehr

abzuriisten als bei den Wener CFE-

Verhandlungen, deren AbschluiS fur

Ende dieses Jahres terminiert ist, her-

auskommen wird. Polen spricht sich

angesichts der kommenden deut-

schen Einheit dafir aus, sowjetische

Truppen zunichst einmal im Land

zu behalten. Als die rumiinische Kri-

se ihrem Hahepunkt zuste'uerte, er-

kirte US-AufSemminister James Ba-

ker kaum verschliisselt, dais die USA

cine militirische Intervention des

Warschauer Paktes akzeptieren wiir-

den.

Solche Ereignisse zeigen, wie das

Anzeige

SURFEN

KU LTUR

tung mbglich.

O Unterkunft (Zeltplatz o. Bungalow)

O 14 Tage VDWS-Surfkurs

O halbtagige Kinderbetreuung

O Ital. Sprachkurs fUrAnfanger

,Termin und Preise in DM

14. 7. - 26. 7. 90: Zelt 595,-;

am Lago di Bolsena.

. Aktive Erholung an einem groBen Vulkansee im Dreilandereck

Toskana, Umbrien und Latien. Surfen von Grund auf erlernen, das fortgeschrittene Konnen verbessern oder alternativ an einem italienisch Sprachkurs fUr Aannger teilnehmen. Ausfliige (u. a. Rom, Orvieto) und Exkursionen (Etruskerfunde), Fahrradtouren, Tenniskurse, Yogakurs, Weinf'este, gemeinsame italienische Abendtafel u.v.m. sind bei der Gruppenreise der Volkszei-
11.8. - 25. 8.90: Zelt 595,-; 3er Bung. 795,-; 2er Bung. 895,- Ausflihrliche lnformationen und Buchungen bei: '

K6Iner Club Sport, Spiel und SpaB e.V.

Moltkestr. 129 - 5000 K6In 1 -Tel.

Ende der bipolaren Politik - wenn man so will: das Ende des kalten Krieges 7- die Tagespolitik prigt. Man kann allerdings nur spekulieren, wie sich konkrete Ereignisse schliefllich in politischen Strukturen niederschlagen werden. Vor kurzem schrieb der amerikanische Politikwissenschaftler Walter Russell Mead:

„Nach 40 Jahren Niichternheit ist die Geschichte aus dem Gleis geraten.

Sic wanden durch die StraBen und niemand weiS, wohin sie willf1

Die Kernfmge liegt in der deutscben Einbeit

Wollte man vom Gipfeltreffen erwarten, daB Bush und Gorbatschow die Geschichte Wieder aufs Glejs heben, ware das sine grenzehlose Überfordcrung der beiden Poljtiker. Es wire aber vor allem cine Uberschitzung ihrer rcalen Moglichkeiten. In einer multipolar ge rigten Weltpolitik muiS cine Vielza lvon Interessen, die es immer schon gegeben hat, die aber blockpolitisch unter der Decke gehalten wurden, auf friedliche Wei- se ausgeglichen warden. USA und Sowjetunion verfiigen in der Weltpolitik zwar iiber grofieres Gewicht, iiber die defe der Kleineren hinweg aber kbnnen sie keine Regelungen treffen, die Bestand haben.

Bush und Gorbatschow missen al- lerdings ihre Vorstellungen iiber eine Struktur der internationalen Belie- hungen fir die Post-Kalte-Kriegs- Ara konkretisieren, d. h. auch L6- sungen fir jene Konfliktherde zu finden, die im Laufe des Kaltcn Krieges entstanden sind. So gesehen kniipfen sie an die Potsdamer Kon- ferenz an. Die Kernfrage bei diesem Gipfel liegt in der deutschen Einheit.

Die Auseinandersetzung dariiber, ob und wenn ja, in welcher Form Ge- samt-Deutschland der NATO an e- horen kann, markiert nur den iiu e-

Fotos: AP
ren Rahmen dieser Frage und erin- nert noch an die bipolare Politik, an den Versuch, eigene Stirke durch die Schwachung des Gegeniibers zu er- reichen.

Den eigentlichen Vorgiingen n5- her kommt der Chefredakteur von Foreign Affairs, Vflliam G. Hyland, in der New York Tunes: „Washing- ton muK die deutsche Wiedervereini- , gung, dip jetzt unausweichlich ge- Worden ist, untersttitzen. Aber es

muß auch Moskau Sicherheiten bieten. Das erfordert sowohl einige Beschränkungen für Deutschland als auch einige amerikanische Garantien für Deutschlands Nachbarn, einschließlich der Sowjetunion. Amerika muß sehr vorsichtig vorgehen. Es darf sich dem deutschen Verbinden nicht entfremden, gleichwohl wird keine Regelung von Dauer sein, die einer geschwächten Sowjetunion aufgezwungen wird?

Die Bush-Administration widersteht der Versuchung, die offenkundigen Probleme der Sowjetunion in einer Weise auszunutzen, daß diese weiter papalysieren wird und als sozial ausgepowter Rumpfstaat endet, der von der Weltpolitik - von der Welt-Wirtschaft sowieso - ausgeschlossen ist. Die Motive dafür diirften weder in einer genetischen Haltung dem Umterlegenen gegenüber zu suchen sein noch in der Befürchtung: das ange- schlagene Land könnte irrational reagieren. Der Regierung in Washington schwebt eher eine Art Balance of Power vor, in die sie regulierend eingreift.

Eine weltpolitisch beruhende Struktur für die Post-Kalte-Kriegs- Ära kann so nicht wachsen. Die USA stehen nicht außerhalb des angestrebten Gleichgewichts, sie sind Teil desselben. Sie müssen im Extremfall Bindnisse wechseln, um das Gleichgewicht zu erhalten. Politik würde so vollends unberuhendbar. Darüber hinaus lassen sich die Staaten nicht länger in eine Blockdisziplin einspannen und von Washington hin und her schieben. Gleichgewicht liegt sich nur herstellen über einen Integrationsprozeß, der staatliche Souveränität, die Voraussetzung für eine Balance of Power, abbaut. Ein solcher Prozeß mag freilich gekoppelt sein mit einem Nord-Süd-Ausgleich, ohne den Konflikte dramatisch eskalieren werden. So kann Geschichte ihren Weg wiederfinden.

aktivVolkszeitung LeserInnenreise id Volkszeitung LeserInnenreise id
Wegen der großen Nachfrage Zusatztermin: 11. 8. - 25. 8. 90 mit zusätzlichen Angeboten (Italienisch-Sprachkurs, Yogakurs). .1

Name:

Straße:

- eigene Anreise
- freie Boardbenutzung
- Freizeitangebote Tel .
- Yogakurs

Ich interessiere mich für diese Reise

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

(0221) 51 30 36

Einsenden an:

K6Iner Club Sport, Spiel und Spaß e.V.

Moltkestr. 129 5000 K6In 1

Telefon: (0221) 51 30 36

Y .

LotharA. Heinrich

Noch eine Wiedervereinigung
Die Wiedervereinigung der Arabischen Republik Jemen und der Demokratischen Volksrepublik le war ,
kein Thema der großen Politik. Das vereinte Jemen ist nun das bevölkerungsreichste Land auf der arabischen Halbinsel.

DAIS der in alter Zeit wegen seiner günstigen klimatischen Bedingungen als „glückliches Arabien“ (Arabia felix) bezeichnete Südwesten der arabischen Halbinsel in' zwei Staaten aufgeteilt ist, ist Ergebnis zunächst der osmanischen und dann britischen Herrschaft und schließlich der Tatsache, daß sich nach der anti-monarchistischen Revolution von 1962 im nördlichen Teil, der „Arabischen Republik Jemen“ (ARJ), burgerliche Nationalisten im Bündnis mit pro-saudischen „feudalistischen Kräften“ durchsetzten, während im Süden, aus dem bewaffneten Befreiungskampf gegen die Briten 1967 die „Demokratische Volksrepublik Jemen“ (DVRJ) hervorging.

War das offizielle Streben nach Einheit der beiden Staaten Anfang der 80er Jahre noch von Konflikten überschattet, die hart an die Grenze eines Krieges gingen, hat sich spätestens seit der zweiten Hilfe des Jahrzehnts die Situation deutlich entspannt und so dem alten Traum der Wiedervereinigung neuen Auftrieb gegeben. Zu den wesentlichsten Gründe gehörten die rückläufige Entwicklung von antiimperialistischen oder gar sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen in der arabischen Welt und die Entdeckung von großer Erdölreserven im Grenzreich zwischen beiden Staaten. Die Position beider Länder wird fernerhin dadurch gestärkt, daß das Rote Meer in naher Zukunft als internationale Ölroute den persisch-arabischen Golf wahrscheinlich an Bedeutung zumindest einholen wird.

Nach dem Putschversuch des ehemaligen Präsidenten Ali Nasser Mohammed im Januar 1986, der nach blutigen Kämpfen niedergeschlagen wurde, hat sich in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) ein Anpassungsprozeß an die regionalen Gegebenheiten vollzogen. Das Land, so eine kritische Analyse, der regierenden Sozialistischen Partei sei trotz aller Erfolge der Agrarreform, der Alphabetisierung und der Erhöhung der sozialen Sicherheit ökonomisch und kulturell rückständig geblieben. Mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers und der damit verbundenen Auflösung von Wirtschaftsabkommen mit Südjemen hat die Regierung 1989 die Einführung des Marktes beschlossen.

Ministerpräsident Yaseen Udo Gilmpel, Rom

Said

1 Numan forderte darüber hinaus im Oktober 1989 in Kuwait Gesetzesreformen, die es dem Privatsektor ermöglichen sollten, „eine wirkliche Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung“ zu spielen. Im gleichen Monat wurde ein entsprechendes Gesetz über private Investitionen erlassen. Kurz darauf plazierte die Nationalbank Investment-Zertifikate auf dem Finanzmarkt von Er-Riyadh, um private Gelder anzuziehen. Interesse wurde von der Regierung der DVJR auch an einer Mitgliedschaft im „Arabischen Kooperationsrat“ (ACC) bekundet, dem neben Ägypten, Irak und Jordanien seit 1989 auch die Arabische Rep. J. angehört. Parallel zur Wirtschaftlichen Liberalisierung wurde schließlich auch die politische beschlossen. Am 11. 12. 89 beauftragte das ZK def YSP das Politbüro, ein Gesetz über „die politischen Parteien auszuarbeiten, die gegen den Kolonialismus gekämpft und den Prinzipien der Revolution treu geblieben sind.“ Um die wirtschaftliche und politische Liberalisierung kontrollieren zu können, wurde jedoch auf der 16. Sitzung des ZKs der YSP im September 1989 eine Zusammenlegung von Regierungs- und Parteikomitees angekündigt, was zu einer stärkeren Einbeziehung führender Parteidräger in die Regierung führen kann. Die jüngste Entwicklung hat Anfang Mai 1990 einen vorläufigen symbolischen Abschluss mit der Wiederaufnahme der seit 1969 von der DVRJ abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu den USA gefunden.

Politische und wirtschaftliche Liberalisierung

Trotzdem hat die saudijemenitische Gesellschaft in einem wieder vereinigten Jemen noch eine Reihe Errungenschaften gegen den Norden - mit seiner besseren wirtschaftlichen Basis und seiner ca. viermal...9.

‘ 1. n C

großen Bevölkerung - zu verteidigen. Zwar haben dort im Sommer 1988 bereits Wahlen stattgefunden, die das um den Präsidenten gescharte „liberal-reformistische“ Lager zu Ungunsten der religiösen Rechtskrieger gestärkt haben und auch den Einzug einiger revolutionär-demokratischer Kräfte in den Konsultivrat ermöglichten. Das jedoch ändert nichts daran, dass politische Parteien nach wie vor im Land verboten sind.

Jetzt auf die Joger

In Italien sind Volksabstimmungen immer Meilensteine der Politik gewesen. In der Abstimmung über Atomkraft bestimmten sie den Ausstieg Italiens aus der Nuklearwirtschaft. Doch wo sich damals, kurz vor Tschechien, keine Partei den Umweltgruppen und Grünen Listen widersetzen wollte, zumal die Atomkraft in Italien immer nur eine marginale Rolle gespielt hat, haben die am 3.11.2011

Im ersten, am 3. Juni anstehenden „Referendum gegen die Jagd“ sollen all diejenen Artikel des Jagdgesetzes gestrichen werden, die die bejagbaren Spezies benennen und die Jagdzeiten festlegen. Warden diese gestrichen, blieben nur die allgemeinen Schutzbestimmungen übrig, die die Jagd grundsätzlich verbieten.

„Kein Land in Europa hat eine so hohe Dichte von Jagern pro Jagdfläche wie Italieni erklii der Präsident der „Amici della Terra“ (friends of the earth Italya), Mario Signorino, einer der Hauptpromotoren dieses Referendums gegen jbc der VZ. „In Italien drangeln sich knapp sechs Jäger auf einem Quadratkilometer, sechsmal so viel wie in Deutschland, insgesamt haben wir offiziell fast 1,6 Millionen Jäger, denen nur 2240 Jagdhüter gegenüberstehen. Das eigentlich Jagdgesetz ist dermaßen unmissverständlich, dass diese Heerschar theoretisch jährlich 4,1 Milliarden Tiere abschießen darfte. In anderen Worten, sollten die gesamten Zugvogelpopulationen Europas über Italien liegen, könnten die Doppelflinten unserer Jäger den Himmel Europas leer schließen, ohne einen Gesetzesverstoß zu begehen. Die Realität ist davon noch weit entfernt, aber dennoch erliegen jährlich rund 175 Millionen Tiere diesem Wahnsinn, darunter 11 im übrigen Europa total geschützte Arten. Das Hauptmotiv für den beinharten und diffusen Widerstand gegen das Jagdreferendum mag in der italienischen Münlichkeit gesucht werden, deren letztes Reservat die Pirsch im Unterholz ist: 98% aller Schrotflintenträger sind Männer. Für sie ist die Jagd das letzte Ritual des Totungsvorrechts aus der Freiheit der Menschheit, seinst und immer noch dem Manne vorbehalten.“

„Eine Frage von Leben und Tod ist auch das andere Referendum, das wir den Italienern am 3. Juni unterbreiten. Dabei wollen wir das Recht des Gesundheitsministers abschaffen, Grenzwerte für Rückstände von Pestiziden in Nahrungsmitteln festzulegen. Das Rahmengesetz stellt das Prinzip auf, in zum menschlichen Verzehr bestimmten Nahrungsmitteln darf kein Rest der Agrochemie giftig mehr nachweisbar sein, um dann in nachfolgenden Paragraphen sogenannte Toleranzwerte einzuführen. Wir sind der Auffassung, dass es überhaupt keine Rückstände in der Nahrung geben darf, erläutert Mario Signorino, „was jedoch nicht da- und Oppositionelle oft Opfer einer blutigen staatlichen Repression sind, die teilweise nach bekanntem -Muster von Todesschwadronen ausgeübt“

wird. Wahrend in der DVJR praktisch alle Werktitigen in Gewerkschaften organisiert sind, die ungetacht aller Probleme cine bis 1956 zuriickgehende militants Tradition haben; wurden solche in der ARJ erst 1984 legalisiert und sind dort dem „Arbeitsministeriumx unterstellt und diirfen nicht im Privatsektor operieren.

Wchtige Faktoren fiir die wachsende Rolle, die der vereinigte Jemen vor allem auf der arabischen Halbinsel spielen wird, sind seine Menschen, die ihn zum Abstand beblkerungsstia'rksten Land der Halbinsel machen werden und die Entdeckung des neuen Erdiilfelds im Shabwa-Gebiet im Grenzbereichozwischen dem Norden und Suden im Jahr 1987. Dieses Feld wird seit 1989 ausgebeutet. In diesem Jahr soll der Erdolexp011 von Aden aus beginnen. Entsprechende Funde wurden bereits im Norden gemacht, und fur die Ausbeutung der Funde in der stets umstrittenen Grenzzone haben beide Staaten ein Kooperationsabkommen getroffen. Im Verhaltnis zur BevtSl-kerungszahl der beiden Jemen sind seine Erd'olvorkommen nicht grog genug, um den Jemen einem Rent'-ner-Staat mit den bekannten negativen sozialen Folgen zu machen, wohl aber grog genug, um die bislang bestehende Abhieingigkeit des Nordens speziell von Saudi Arabien deutlich zu vermindern. Die saudische Monarchie und die ihr verbundenen Krifte im Nordjemen - Royalisten und Muslimbriider - brapohen sich zwar angesichts der jettteriitischen Wiedervereinigung kaum vkor einen Export des siidjemenitischen Marxismus zu firchten, wohl aber vor engr, Verschiebung des regionalen Kriiftverhalmisses zu ihren Ungunsten.

Daii diese Krafte der Wedervereinigung mit Abneigung entgegensehen, wurde Ende April deutlich, als royalistische Stimme der Regionen von Saada und Marib sich gegen die Armee .der ARJ erhoben, nachdem es wihrend des vorhergegangenen Monats bereits zu mehreren Anschligen von sciten islamistischer Krifte gekommen war, die cine Vereinigung mit dem „atheistischen Regime9 des Siidens ablehnen. mit verwechselt werden sollte, dag wir mit diesem Referendum die Chemie aus der Landwirtschaft vollkommen verbannen wollten. Studien zeigen jedoch, dafS ein stark gemaKigter Einsatz die Riickstinde aus den Produkten praktisch verbannen kann - und das ist unser jetziges Zielf Pro Kopf wurden im letzten Jahr 40 Kilogramm dieser Stoffe auf die Felder gebracht. Die hochsten Zuwachsra-ten haben dabei Vkomplexe Insektizi-

dc und Fungizide, deren Verbrauch um 34% gegenüber dem Vorjahr zunahm, während die früher üblichen einfachen Mittel wie der Thiazschwefel immer weniger Einsatz finden. Bei den Insektiziden finden gerade die als krebserregend geltenden chlororganischen Verbindungen wie das Lindan, ein enger Verwandter des DDT, immer stärkeren Zuspruch. Auch die Dieldringemittel haben wieder gewaltig zugenommen, im Schnitt um 13% auf jetzt rund 77 kg pro Kopf der Bevölkerung. Unter 104 untersuchten Mitteln wurden nur bei drei einwandfrei keine mutagene oder kanzerogene Schädigungswirkung nachgewiesen, während 39 Mittel als gesundheitsschädlich für den Menschen klassifiziert wurden. Am schlimmsten dran sind die Kiwi- und Erdbeeressen: Bei 21% respektive 20% aller Proben lagen die McK-Werte über dem Erlaubten! Bei normalen Routinekontrollen fand das Gesundheitsamt Bologna im Schnitt bei 14% aller untersuchten Früchte und Gemüseproben unerlaubte hohe Chemiekonzentrationen. Das dieses Referendum starke Gegner hat, braucht keine besondere Erläuterung. Wie schon beim Jagdreferendum versuchen auch hier die interessierten Kreise die Taktik des Totschweigens. War stellt sich schon offen hin und verteidigt die oChemierieckstaat in der V-Nahrung?